

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 09.10.2006
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, dem 22. August 2006
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 15:09 Uhr - 18:34 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) Pause 16:35 Uhr - 16:47 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers für den Hauptausschuss
337/2006**
- 3. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse über die Sitzung des Hauptausschusses am 30.05.2006 - öffentlicher Teil -
351/2006**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Strategische Zielsteuerung
393/2006**
- 7. Regionale 2010
- Mitteilung zum Sachstand
391/2006**

8. **Bericht der Projektgruppe Stadtmitte**
382/2006
9. **Reorganisation Bürgerbüros**
389/2006
10. **Externe Stellenbesetzung**
326/2006
11. **Einstellung der Förderung für die Regionalstelle Frau & Beruf im Frauenbüro**
345/2006
12. **1. Zusammensetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen**
2. Entsendung von Mitgliedern des Beirates von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüsse
185/2006
13. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**
274/2006
14. **Anträge der Fraktionen**
15. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 30.05.2006 - nichtöffentlicher Teil -**
 352/2006

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Ehrungen mit der Silbernen und Goldenen Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung**
 315/2006

5. **Anträge der Fraktionen**

6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 10. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.
Für die Sitzung sind Herr Hagen (CDU), Herr Nagelschmidt (CDU), Frau Hammelrath (SPD) und Frau Ryborsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt.

Sie werden vertreten durch Frau Bendig (CDU), Herrn Jung (CDU), Herrn Dr. Miede (SPD) und Herrn Ziffus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Herr Orth benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 09.08.2006
- einen Sachantrag der FDP-Fraktion zu TOP A 6 (Tischvorlage)

2. <-@ Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers für den Hauptausschuss

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> Stadtinspektoranwalt Christian Ruhe wird zum Schriftführer für den Hauptausschuss bestellt.

3. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift über die Sitzung vom 30.05.2006 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

4. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse über die Sitzung des Hauptausschusses am 30.05.2006 - öffentlicher Teil -

@-> Herr Orth gibt zu TOP A 15 folgende Aktualisierung bekannt:
Die Anfrage von Herrn Lang zum Einsatz der Müllfahrzeuge sei inzwischen schriftlich beantwortet worden.

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

5. <-@ Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

<-@

6. Strategische Zielsteuerung

@-> Herr Orth erklärt, dass das Land Nordrhein-Westfalen den Gemeinden aus Gründen der Transparenz und der besseren Steuerbarkeit durch das Gesetz zur Einführung eines Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (NKF-Einführungsgesetz) aufgetragen habe, ihren Haushalt auf das NKF umzustellen. Das NKF-Einführungsgesetz sehe zwingend vor, dass die Abwicklung des Haushalts über Produkte und Ziele erfolge. Die Stadt Bergisch Gladbach habe sich vorgenommen, ihren Haushalt ab dem 01.01.2008, also ein Jahr früher, als vom Gesetz gefordert, auf das NKF umzustellen. Das bedeute, dass bis zu diesem Zeitpunkt ein Zielsystem für die Stadt Bergisch Gladbach erstellt werden müsse, das das NKF und die Gründe, die zum NKF-Einführungsgesetz geführt haben, inhaltlich aufnehme. Die Politik müsse ihre Entscheidungen so rechtzeitig treffen, dass der Verwaltung genügend Zeit zur Verfügung stehe, das Zielsystem bis zur geplanten Einführung im Einzelnen vorzubereiten.

Es folgt ein Vortrag von Herrn Harald Schäfer, Fachbereich 1-101, mit dem Titel „Strategische Zielsteuerung“. Die dabei verwendeten Powerpoint-Präsentationsfolien sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Orth weist darauf hin, dass neben dem Sachantrag der FDP auch ein schriftlicher Beitrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diesem Tagesordnungspunkt vorläge.

Für das Querschnittsziel „Gleichstellung von Frau und Mann“ schlage die Verwaltung folgende Formulierung vor, die als Präambel vor die Handlungsfelder gesetzt werden soll: „In den folgenden 13 Handlungsfeldern ist aus gesamtstädtischer Sicht über die fachliche Zielerledigung hinaus in allen Prozesszielen darauf hin zu wirken, dass die Gleichstellung von Frau und Mann umgesetzt wird. Das betrifft sowohl die Prozessziele der Stadt für Bürgerinnen und Bürger, als auch die Prozessziele, die eine verwaltungsinterne Wirkung entfalten.“ Dieser Vorschlag mache einerseits den hohen Stellenwert der Gleichstellung in der Kommunalpolitik und andererseits deren Charakter als Querschnittsaufgabe deutlich. Darüber hinaus solle in den weiteren Formulierungen des Zielsystems darauf geachtet werden, dass eine geschlechtsneutrale Formulierung vorgenommen werde. Dies sei aktuell nicht immer der Fall.

Es folgen die Stellungnahmen der Fraktionen:

Herr Schütz hält die Begriffe „Wirkungsziele“ und „Ergebnisziele“ für verwirrend. Er schlage eine einfachere Formulierung vor: „strategische, taktische und operative Ziele“ bzw. „Ober-, Mittel- und Unterziele“ oder „Fernziele, Zwischenziele und Nahziele“.

Herr Ziffus bemerkt, dass er die Ausrichtung des Rats- und Verwaltungshandelns auf Ziele für einen sehr guten Ansatz halte. Dies hätte jedoch viel früher geschehen können, schließlich habe es bereits 1988 einen solchen Ansatz mit der Verabschiedung des räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts (RFK) gegeben.

Dieses Konzept sei jedoch nicht weiter verfolgt worden, weil es Handlungsmöglichkeiten eingeengt habe. Diese Befürchtung habe er auch für das Zielsystem des NKF. Die Handlungsfelder des NKF erschienen ihm und der Mehrheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN außerdem zu willkürlich gewählt. Man solle die Handlungsfelder des RFK für das NKF übernehmen. Das RFK hätte im Gegensatz zum NKF auch eine ausführliche Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes zu jedem Handlungsfeld enthalten.

Herr Ziffus erläutert ausführlich den schriftlichen Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diesem Tagesordnungspunkt (siehe Anlage).

Herr Orth entgegnet, die vom Verwaltungsvorstand aufgestellten Ziele seien nicht willkürlich gewählt, sondern aus mehrjährigen Erfahrungen entstanden. In Gesprächen mit den anderen Fraktionen seien auch keine weiteren Handlungsfelder genannt worden.

Herr Albrecht führt aus, dass es für solche detaillierten Überlegungen, wie Herr Ziffus sie dargelegt habe, noch zu früh sei. Auch die CDU-Fraktion habe sich bereits intensiv mit dem Thema beschäftigt. Dieser Prozess sei innerhalb seiner Fraktion jedoch noch nicht abgeschlossen.

Herr Albrecht stellt daraufhin für die Mitglieder der CDU-Fraktion den **Antrag**, den Beschlussvorschlag folgendermaßen zu ändern:

„Die festgelegten strategischen Handlungsfelder werden beschlossen. Die Nummerierung der strategischen Handlungsfelder entfällt.“

Alles andere werde weiterhin beraten und die Beratung bis spätestens Januar/Februar 2007 abgeschlossen. Zum jetzigen Zeitpunkt solle man sich jedoch auf den geänderten Beschlussvorschlag beschränken.

Frau Schmidt-Bolzmann weist auf den Sachantrag der FDP-Fraktion zu TOP A 6 hin. Sie bittet um Kenntnisnahme der darin formulierten redaktionellen Änderungen. Ihre Fraktion werde dem Beschlussvorschlag jedoch zustimmen.

Herr Lang bemerkt, dass eine Darstellung des Ist-Zustandes bisher nicht vorgenommen worden sei. Eine solche Bestandsaufnahme sei jedoch grundlegend für jedes weitere Vorgehen. Niemand wisse, was einzelne Leistungen der Verwaltung tatsächlich kosten würden. Das wichtigste Ziel sei das Sparen. Das Ziel „Sparen“ habe er aber in den 13 Handlungsfeldern nicht gefunden. Bei der Formulierung der Ziele und Handlungsfelder solle darauf geachtet werden, an Stelle von Fremdwörtern deutsche Begriffe zu verwenden.

Herr Waldschmidt führt aus, dass der Beratungsstand in der SPD-Fraktion ebenfalls schon fortgeschritten, jedoch noch nicht abgeschlossen sei. Man solle heute die strategischen Handlungsfelder beschließen. An oberster Stelle stehe auch für ihn die Haushaltskonsolidierung. Die SPD-Fraktion schlage vor, dass die Wirkungsziele nicht mehr ausschließlich im Hauptausschuss beschlossen, sondern vorher auch in den Fachausschüssen beraten werden sollten. Die Beratungen innerhalb der SPD-Fraktion seien wahrscheinlich im Februar/März 2007 abgeschlossen.

Herr Dr. Kassner erklärt, dass die strategische Planung auf Grund sich weiterentwickelnder politischer Ziele ständig aktualisiert werden müsse. Daher sei der Hinweis von Herrn Ziffus auf das überholte räumlich-funktionale Entwicklungskonzept nicht angebracht. Auch dürfe nicht, wie von Herrn Lang gefordert, ausschließlich das Sparen in den Vordergrund gestellt werden, denn die Konsequenz wäre die Abschaffung aller freiwilligen kommunalen Leistungen. Es müsse ein vernünftiger Mittelweg gefunden werden. Dies gelte für Ziele, aber nicht für Handlungsfelder. Deshalb solle man die Handlungsfelder, die den gesamten kommunalen Handlungsrahmen abdecken würden, auch nicht in eine Reihenfolge bringen, sondern in einem politischen Prozess eine Priorisierung der Wirkungsziele vornehmen.

Herr Zalfen bittet darum, sich bei der Formulierung der Wirkungsziele auf einen einheitlichen zeitlichen Betrachtungspunkt zu einigen. Einige Ziele seien aus der Rückschau, andere für die Zukunft formuliert.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlussempfehlung**:

Die politischen Handlungsfelder werden ohne Nummerierung einschließlich der Präambel beschlossen.

<-@

7. **Regionale 2010**
- Mitteilung zum Sachstand

@-> Herr Orth erläutert, dass bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses angekündigt worden sei, die Ergebnisse der Planungswerkstatt vom 15. bis 18. Mai 2006 zum Projekt „stadt: gestalten“ und Informationen zur weiteren Vorgehensweise zu präsentieren.

Es folgt ein Vortrag von Frau Gisela Müller-Veit, Fachbereich 6. Die dabei verwendeten Powerpoint-Präsentationsfolien sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Das Projekt „stadt: gestalten“ habe das Ziel, ein integriertes Innenstadtentwicklungskonzept zu erstellen in Verbindung mit dem Thema Wasser/Strunde. Die Innenstadt werde so gestaltet, dass es einen zentralen Geschäftsbereich, das sog. Fenster 1 (Folie 2) und einen Bereich Stadtgarten/Kulturlandschaftsdreieck, das sog. Fenster 2 (Folie 1) gebe. Um Anregungen für die Innenstadtgestaltung zu erhalten, habe man in Abstimmung mit der Regionale-Agentur sechs Planungsbüros in einer Entwurfswerkstatt um erste Vorschläge gebeten.

Vorschläge zum zentralen Geschäftsbereich (Fenster 1):

Der Vorschlag des Büros Reicher/Haase(Aachen) sei sehr interessant in Bezug auf die Gestaltung des Bahnhofsumfelds und des Driescher Kreisels (Folien 5 und 6).

Das Büro Post/Welters (Dortmund/Köln) habe einen Vorschlag erstellt, der ein großes zentrales Parkhaus vorsehe und einen stadtnahen Freiraum am Bahnhof (Folie

7).

Vorschläge zum Bereich Stadtgarten/Kulturlandschaftsdreieck (Fenster 2):

Der Vorschlag des Büros Raumplan aus Aachen sei interessant in Bezug auf die geänderte Wohnraumstruktur und die Öffnung der Strunde im Innenbereich Buchmühle (Folie 8).

Der Entwurf des Büros Nix (Bergisch Gladbach) lege am konsequentesten die Strunde frei, und zwar durch den gesamten forum-Park bis zur Villa Zanders. Dabei sei auch eine Kombination aus Schallschutz und Freilichtbühne an der Schnabelmühle vorgesehen. (Folie 9).

Das Thema Tal und Berg stehe im Vordergrund des Vorschlags von Krieger/Teloh Architekten (Köln/Berlin) (Folie 10). Der Innenbereich Buchmühle sei weniger beachtet worden. Dort sei eine Grachtenlandschaft entstanden, der ganze Quirlsberg sei abgeholzt, um den Berg sichtbar zu machen. In die so entstehende Wiese seien einzelne Kulturgebäude eingebaut worden. Dem gegenüber gestellt werde ein Stadtplatz. Insgesamt sei dieser Vorschlag ein sehr radikaler Ansatz.

Der Vorschlag des Büros Scape (Düsseldorf) sehe im Innenbereich Buchmühle ausschließlich Park und Kultur vor und keine weitere Wohnbebauung. Sehr konsequent sei das Thema Wasser bearbeitet worden (Folie 11).

Frau Müller-Veit weist darauf hin, dass die gerade präsentierten Ideenansätze zum Abschluss der Planungswerkstatt vom Mai 2006 mit Ratsmitgliedern diskutiert worden seien. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Besprechungen werde nun ein Positionspapier erstellt, das im Entwurf vorliegt und dem Hauptausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werde. Man habe die einmalige Chance, außer privaten Investoren auch das Land Nordrhein-Westfalen über die Regionale 2010 an der Finanzierung der Innenstadtgestaltung zu beteiligen.

Herr Ziffus bemerkt, dass ihm nur zwei der Gestaltungsvorschläge gefallen hätten, und zwar der zweite Vorschlag, der das „Kopf-Gebäude“ im Bereich S-Bahn vorsehe und der Vorschlag des Büros Nix für den Bereich der Buchmühle. Gerade dieser Vorschlag sei überzeugend, da er unter anderem eine Grünachse entlang einer geöffneten Strunde vorsehe. Dies widerspreche auch nicht den Plänen des Investors Neidhardt.

Die Annahme eines Planungsbüros, dass die Verrohrung der Strunde auf Grund der Wasserkraftnutzung vorgenommen wurde, sei in diesem Zusammenhang grundlegend falsch. Dies sei vielmehr auf Grund von Verschmutzung durch Abwässer vorgenommen worden.

Herr Schmickler erläutert, dass man eine derart detaillierte Diskussion heute noch nicht führen könne, da viele Ausschussmitglieder die Vorschläge heute zum ersten Mal sehen würden. Die Intention der Verwaltung sei es, heute Ideen und in der nächsten Sitzung ein Positionspapier mit zu diskutierenden Vorschlägen zu präsentieren.

Herr Albrecht hebt die positiven Aspekte der Regionale 2010 für die Stadt Bergisch

Gladbach hervor. Dies sei zum einen die Unterstützung bei der Finanzierung der Bauvorhaben durch das Land und zum anderen die Zuführung neuer Ideen für die Stadtplanung von Außenstehenden.

Herr Dr. Mieke schließt sich den Ausführungen von Herrn Schmickler an. Man könne jetzt nicht über Details reden und solle sich auch nicht zu lange mit der Vergangenheit der Strunde aufhalten.

Herr Schütz fragt, ob die Planungsbüros nun damit beauftragt würden, ihre Pläne detaillierter auszuarbeiten und dann aus den verschiedenen Vorschlägen einzelne Punkte zu einem Gesamtkonzept zusammengeführt würden.

Herr Orth antwortet, dass heute lediglich der Zwischenstand mitgeteilt werde. Einzelheiten enthalte das bereits erwähnte Positionspapier.

Nach Ansicht von Herrn Ziffus ist der Vorschlag des Planungsbüros Nix, der eine durchgehende Öffnung der Strunde vorsehe, absolut zukunftsorientiert, weil er das Gefüge aus Sozialem, Ökonomischem und Ökologischem für die zukünftige Entwicklung der Stadt am besten berücksichtige.

Herr Waldschmidt begrüßt die vorgestellte neue Innenstadtplanung. Er gehe davon aus, dass die Stadt mit der Regionale auf dem richtigen Weg sei.

Frau Beisenherz-Galas fragt, wer nun festlege, welcher der heute präsentierten Vorschläge im Positionspapier berücksichtigt wird. Sie habe gedacht, dass die Freilegung der Strunde ein Minimalkonsens gewesen sei. Einige der Vorschläge würden dies jedoch nicht berücksichtigen.

Herr Orth antwortet, dass über diese Fragen in den zuständigen Ausschüssen und im Rat entschieden werde. Das Positionspapier sei dabei als Anregung und Empfehlung der Verwaltung zu werten.

Herr Schmickler ergänzt, dass die heute präsentierten Vorschläge Ideen zur Entscheidungsfindung liefern sollen. Ziel sei nicht, sich jetzt für einen der Vorschläge zu entscheiden.

Im Bereich der Strunde habe man immer drei räumliche Schwerpunkte gesetzt: Der Bereich Buchmühle werde schwerpunktmäßig im Projekt „stadt: gestalten“ bearbeitet. Zu den räumlichen Schwerpunkten Herrenstrunden und Wachendorf-Fabrik/Kradepohlmühle werde es in den nächsten Wochen konkretisierende Gespräche geben. Bei den Gesprächen zum Schwerpunkt Herrenstrunden werde auch die Historie der Strunde eine große Bedeutung spielen. Es zeichne sich ab, dass das Projekt Strunde eingebaut wird in das große Projekt „Regio Grün“. Dies sei jedoch noch keine beschlossene Sache.

Herr Ziffus führt aus, dass sich die Strunde aus vielen Quellen speise und nicht nur aus der Quelle bei Herrenstrunden. Die Strunde könne auch auf Kölner Stadtgebiet bis zum Rhein durchgehend geöffnet werden. Anderslautende Behauptungen seien falsch.

Herr Jung möchte, dass sich neben dem Hauptausschuss auch die Fachausschüsse mit

solchen Themen beschäftigen. Er habe den Eindruck, dass in jüngster Zeit vieles an den Fachausschüssen vorbei ginge.

Herr Orth bittet Herrn Jung, sich in solchen Fällen an den zuständigen Beigeordneten zu wenden und die Bedenken mitzuteilen. Aus seiner Sicht sei das Vorgehen der Verwaltung korrekt.

<-@

8. Bericht der Projektgruppe Stadtmitte

@-> Herr Orth berichtet, dass die CDU-Fraktion um einen Zwischenbericht der Projektgruppe Stadtmitte gebeten habe. Dieser Bericht liege schriftlich vor.

Es folgt ein Vortrag von Herrn Bernd Martmann, Fachbereich 8, mit dem Titel „Projektgruppe Stadtmitte - Kurzbericht“. Die dabei verwendeten Powerpoint-Präsentationsfolien sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Koshofer merkt zum Vortrag an, dass eine Vermarktung des Grundstücks Dr.-Robert-Koch-Straße von den Bürgern und sicher auch von den damaligen Architekten nicht gewünscht sei. Die Stadt Bergisch Gladbach sei schon mit vielen Denkmälern sehr rüde umgegangen und habe sie auf diese Weise verloren. Wenn die große Koalition dennoch einen Verkauf des Grundstücks will, so solle das Prozedere wenigstens sorgfältig geprüft werden. Besser wäre jedoch eine Gartenanlage mit dem Brunnen des Konrad-Adenauer-Platzes, umgeben von Bänken. Die Toilettenanlage solle behindertengerecht ausgebaut werden. Dieser kleine Park lasse auch den Blick auf die Seitenfront des Rathauses frei.

Herr Albrecht bemerkt, dass man der Verwaltung Handlungsspielraum in Bezug auf das Grundstück lassen solle. Die Intention von Frau Koshofer sei jedoch richtig, das Grundstück solle nicht um jeden Preis vermarktet werden und der Blick auf das Rathaus müsse frei bleiben. Zu den abgebauten Bänken und Fahrradständern in der Fußgängerzone führt Herr Albrecht aus, dass man die Bänke dort an geeigneten Stellen wieder aufbauen solle. Dies sei vor allem für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen wichtig. Fahrradständer seien in der Fußgängerzone jedoch nicht angebracht; wenn, dann an deren Anfang und Ende. Es sei bedauerlich, dass an der Haltestelle Markt immer noch keine Unterstellmöglichkeiten geschaffen worden seien. Auch die provisorischen Ausbesserungen im Pflaster der Fußgängerzone mit Asphalt seien ärgerlich und sollten entfernt werden. Für den Wochenmarkt müsse dringend eine Lösung in Bezug auf seine häufige Verlegung und die daraus resultierenden Probleme gefunden werden. Die Situation der alten Feuerwache und des Grundstücks Aurelis/DB erfordere weiterhin den Einsatz der Verwaltung. Insgesamt habe man schon etwas erreicht, aber es sei noch viel zu tun.

Herr Waldschmidt bedankt sich bei der Projektgruppe Stadtmitte für ihre bisherige Arbeit. Die Überdachung der Haltestelle Markt sei jedoch eine der wichtigsten Investitionsmaßnahmen und müsse schnellstmöglich realisiert werden. Zur Neuordnung des Marktes bemerkt Herr Waldschmidt, dass eine für die Kunden und Marktbesucher verlässliche Lösung gefunden werden müsse, der Wochenmarkt sei schließlich ein Publikumsmagnet der Stadt. Das Grundstück Dr.-Robert-Koch-Straße solle nicht um jeden Preis vermarktet werden, es müsse auch überlegt werden, ob die Toilettenanlage auf dem Grundstück wieder reaktiviert werden kann. Es solle zu

diesem Thema mit der ISG gesprochen werden, vielleicht würden sich auf diese Weise Investoren finden lassen.

Herr Ziffus führt aus, dass sich die vielen Plätze rund um den Konrad-Adenauer-Platz so gestalten ließen, dass für die vielen einzelnen Veranstaltungen keine Konkurrenzsituation mehr entstünde und sich z. B. auch ein attraktiver Kirmes-Rundgang gestalten ließe. Zum Grundstück Dr.-Robert-Koch-Straße schließe er sich der Meinung von Frau Koshofer an; für eine mögliche Verlegung des Brunnens könne er sich jedoch auch andere Plätze vorstellen. Einer Bebauung des Buchmühlenplatzes stünde jedoch nichts entgegen, es werde ja auch in der Laurentiusstraße auf dem ehemaligen Wachendorf-Grundstück gebaut. Wenn der Rat jetzt einer Bebauung des Platzes zustimmen würde, wären die Baumaßnahmen insgesamt auch in spätestens zwei Jahren abgeschlossen.

Herr Lang erklärt, dass er bereits mehrfach beantragt habe, eine Außenansicht der Rhein-Berg-Galerie zu sehen. Er sei damit nicht einverstanden, dass die Verwaltung ihn darauf verweise, dass die vorhandenen Informationen zur Veröffentlichung noch nicht geeignet seien. Alles was vorliegt, sei für Ratsmitglieder interessant, und Ratsmitglieder hätten auch ein Informationsrecht. Zur Neuordnung des Marktes bemerkt Herr Lang, dass eine Verlegung der Kirmes nach Gronau oder Herrenstrunden keine realisierbare Idee sei. Während der Kirmes könne der Wochenmarkt daher nicht auf dem Konrad-Adenauer-Platz stattfinden. Durch den Wochenmarkt würden die Geschäfte der Hauptstraße wesentlich besser besucht und es sei im Sinne aller Geschäftsleute und Besucher, dass der Wochenmarkt im Zentrum der Stadt bleibe.

Er bäte darum, darüber nachzudenken, ob bezüglich einer möglichen Bebauung des Grundstücks Dr.-Robert-Koch-Straße das Interesse der Investoren tatsächlich mehr wiegen solle als das allgemeine Interesse. Seine Fraktion werde eine solche Vorgehensweise nicht unterstützen.

Zusammenfassend erklärt Herr Orth, dass das Projekt Stadtmitte auch für die Verwaltung ein schwieriges Handlungsfeld mit vielen widerstreitenden Interessen sei. Er danke der Projektgruppe Stadtmitte, dass sie eine neue Vertrauensbasis zwischen allen Beteiligten geschaffen habe, die bereits Entwicklungen in Gang gesetzt habe und ihn positiv in die Zukunft blicken lasse.

Herr Orth weist darauf hin, dass es Beschlusslage sei, das Grundstück Dr.-Robert-Koch-Straße innerhalb der Rahmenplanung Innenstadt zu bebauen. Die bisherige Vorgehensweise der Verwaltung stimme mit diesem Ratsbeschluss überein. Die Fläche werde im Kontext der gesamten Umgebung des Rathauses und des Konrad-Adenauer-Platzes betrachtet.

Frau Koshofer beantragt, eine Bebauung des Grundstückes Dr.-Robert-Koch-Straße durch Beschluss auszuschließen.

Herr Orth, Herr Waldschmidt, Herr Kremer, Herr Dr. Mieke und Herr Schmickler weisen darauf hin, dass es keine konkreten Planungen gebe, das Grundstück zu bebauen, dass man sich jedoch Handlungsspielräume offen halten solle. Sie bitten darum, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Ziffus erläutert, dass die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag von Frau Koshofer zustimmen würden. Es sei richtig, eine Bebauung zunächst grundsätzlich auszuschließen und nur nach Vorlage eines Konzeptes unter Umständen zuzulassen. Zudem sei für eine konkrete Entscheidung der Finanz- und Liegenschaftsausschuss zuständig.

Herr Orth äußert seine Bedenken, dass die Fraktionen, die diesem Antrag nicht zustimmen würden, in den Verdacht geraten könnten, das Grundstück bebauen zu wollen, obwohl dies nicht der Fall sei.

Frau Koshofer nimmt daraufhin ihren Antrag zurück.

Abschließend erklärt Herr Orth, dass sich Stadt Bergisch Gladbach im Haushaltssicherungskonzept befinde. Daher sei es notwendig, bei den in den Stellungnahmen geforderten Investitionsmaßnahmen (wie den Unterstellmöglichkeiten Haltestelle Markt) Prioritäten zu setzen, die jedoch auf Grund unvorhergesehen eintretender Instandhaltungsmaßnahmen häufig nicht eingehalten werden könnten.

Herr Martmann weist darauf hin, dass die Projektgruppe Stadtmitte im Strategiefeld „Erhöhung des Warenangebotes“ innerhalb von eineinhalb Jahren zwei Großprojekte entwickelt und umgesetzt bzw. bis kurz vor die Umsetzung gebracht habe. Dies werde zu Investitionen in Höhe von 70 Mio. EUR, mehreren hundert Arbeitsplätzen und zwei Parkeinrichtungen in exzellenter Lage führen. Man könne daher nicht sagen, dass man erst am Anfang stehe, sondern es sei bereits ein großer Schritt nach vorne gemacht worden.

9. <-@ **Reorganisation Bürgerbüros**

@-> Herr Orth berichtet, dass die Verwaltung in der Hauptausschuss-Sitzung vom 30.05.2006 beauftragt worden sei, dem Hauptausschuss ein Konzept „Mobile Bürgerdienste“ vorzulegen. Die Verwaltung halte dieses Konzept für umsetzbar und der Bürgerservice könne damit insgesamt deutlich verbessert werden.

Herr Dr. Kassner hält die Idee für sehr modern und dienstleistungsorientiert. Mit Blick auf die Finanzen habe er jedoch Bedenken. Er möchte wissen, welche zusätzlichen Kosten durch das mobile Bürgerbüro und durch die übrigen - stationären Bürgerbüros - verursacht werden. Dazu habe die Verwaltung in ihrer Vorlage nur unzureichende Angaben gemacht.

Herr Orth erklärt, dass die Einrichtung der mobilen Bürgerbüros nicht kostenintensiver sei als der jetzige Zustand.

Herr Widdenhöfer äußert sich zunächst zufrieden zu den Verhandlungen mit dem Fraunhofer-Institut und mit den beiden ortsansässigen Banken. Das Fraunhofer-Institut habe am 31.07.2006 ein bis zum 31.10.2006 gültiges Angebot unterbreitet: Die beiden Koffer für das mobile Bürgerbüro würden demnach 9.160,- EUR zuzüglich Mehrwertsteuer kosten. Dazu sei auch ein Sicherheitskonzept für ca. 35.000,- EUR angeboten worden, was jedoch nicht in Anspruch genommen werden müsse, da die EDV-Abteilung der Stadtverwaltung dies - wie auch die Schulung der

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - selbst übernehmen könne. Ansonsten würden einmalig Kosten für Leitungsarbeiten in Höhe von ca. 6.000,- EUR und jährliche Netzkosten von 5.000,- EUR anfallen. Zusätzliches Personal im Bürgerbüro Stadtmitte sei für die mobilen Bürgerbüros nicht erforderlich. Zwei der vier Mitarbeiterinnen seien in einem rotierenden Verfahren künftig für die mobilen Büros unterwegs. Es werde zur Zeit noch sondiert, ob die Fahrten durch den Einsatz privater PKW abgedeckt werden können. Dabei würden die üblichen Kilometerpauschalen als Kosten anfallen. Eine andere Möglichkeit sei das Leasen eines kleinen und kostengünstigen PKW. Mieten würden für die Inanspruchnahme von Räumen in den Banken voraussichtlich nicht anfallen. Die Mietkosten in Refrath und die kalkulatorischen Mietkosten in Bensberg könnten durch die Einrichtung des mobilen Büros eingespart werden.

Frau Kreft führt aus, dass die SPD-Fraktion die Entwicklung außerordentlich begrüße. Das mobile Bürgerbüro sei ein sehr guter Lösungsansatz in den Bereichen Kosteneinsparung und Bürgerfreundlichkeit. Kritisch äußert sie sich zu den geplanten Öffnungszeiten. Es müsse mindestens an einem Tag um 08:00 Uhr oder bis 18:00 Uhr geöffnet sein, z. B. am „langen Donnerstag“.

Herr Ziffus bemängelt, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Bensberg bei den Öffnungszeiten nicht ausreichend bedacht worden seien. Es solle überlegt werden, ob das stationäre Bürgerbüro in Bensberg wirklich geschlossen werden muss oder ob das mobile Bürgerbüro länger öffnen könne.

Herr Schütz fragt, warum das mobile Bürgerbüro in Bankfilialen untergebracht werden soll. Es gebe in allen Stadtteilen Schulen, andere öffentliche Einrichtungen und auch Pfarrhäuser. Er halte eine Unterbringung in Privat- bzw. Geschäftsräumen für problematisch. Zu den eingesparten kalkulatorischen Raumkosten in Bensberg fragt Herr Schütz, ob die frei werdenden Räume neu belegt werden. Nur dann würden diese Kosten tatsächlich eingespart.

Frau Koshofer bezeichnet die geplante - wahrscheinlich kostenfreie - Unterbringung in Banken, die zentral in allen Stadtteilen lägen, als sehr positiv und demokratisch.

Herr Dr. Miede bemerkt, dass man sich bei den geplanten Öffnungszeiten des mobilen Büros an den Marktzeiten im jeweiligen Stadtteil orientiert habe. Das mobile Bürgerbüro sei das einzig sinnvolle Konzept, das Einsparungen in diesem Teil der Verwaltung ermögliche.

Herr Lang fragt, ob das bei den Bürgerbüros eingesparte Personal noch bei der Stadt beschäftigt sei, denn dann würden keine Kosten eingespart.

Herr Albrecht führt aus, dass vor ca. eineinhalb Jahren geplant wurde, die Bürgerbüros in Bensberg und Refrath zu schließen. Dagegen habe die CDU-Fraktion opponiert und dafür gesorgt, dass die beiden Bürgerbüros tageweise wechselseitig geöffnet blieben. Parallel dazu habe die CDU-Fraktion die Verwaltung mit der Untersuchung beauftragt, ob ein „Bürgerbus“ die Funktion der Bürgerbüros wahrnehmen könne, was sich jedoch als zu teuer erwiesen habe. Die mobilen Bürgerbüros seien daher die ideale Lösung. Zu den Fragen von Herrn Dr. Kassner ergänzt Herr Albrecht, dass der CDU-Fraktion eine Gegenüberstellung zwischen den jetzigen und den zukünftigen Kosten fehle. Über die Öffnungszeiten sei noch zu

verhandeln. Am Mittwochnachmittag könne das mobile Bürgerbüro z. B. nach Bedarf Altenheime besuchen.

Herr Widdenhöfer antwortet, die Verwaltung habe sich bei den Öffnungszeiten an den jeweiligen Markttagen orientiert. Man habe Banken als Standorte ausgewählt, weil diese einen hohen Sicherheitsstandard garantieren könnten. Es würden Pässe und andere Dokumente ausgegeben und entsprechend Bar-Kassen geführt. Schulen seien als Standort insofern weniger geeignet, und nachmittags sei in der Regel niemand im Gebäude. Den Besuch von Seniorenzentren habe die Verwaltung auch schon in ihre Überlegungen einbezogen. Für die frei werdenden Räume im Rathaus Bensberg bestehe dort eine große Nachfrage. Er sei gerne bereit, die von Herrn Albrecht erbetene Synopse zu erstellen.

Herr Waldschmidt fragt, ob es Erhebungen zur heutigen Frequentierung der Bürgerbüros gebe. Diese sollten in die Überlegungen zu den Öffnungszeiten einbezogen werden.

Herr Widdenhöfer antwortet, dass dazu sehr differenzierte Datenerhebungen vorlägen. Diese werde er ebenfalls bereitstellen.

Herr Lang erklärt, die BfBB-Fraktion halte die Schließung der Bürgerbüros Bensberg und Refrath und die Kürzung von Öffnungszeiten für falsch und werde dem Beschluss daher nicht zustimmen.

Daraufhin fasst der Hauptausschuss mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB folgenden **Beschluss**:

@->

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, alle notwendigen Schritte zur Einführung der Mobilen Bürgerdienste Bergisch Gladbach in die Wege zu leiten.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, nach Abschluss der Verhandlungen mit den ortsansässigen Bankinstituten dem Hauptausschuss die regelungsbedürftigen Details wie Standorte und Öffnungszeiten zur Beschlussfassung vorzulegen.

<-@

10. Externe Stellenbesetzung

@->

Herr Orth erläutert, dass die Stelle intern und extern ausgeschrieben werden soll.

Herr Lang betont, dass man sparen müsse. Er könne sich nicht vorstellen, dass sich in der Verwaltung keine geeigneten und interessierten Bewerberinnen oder Bewerber fänden.

Herr Schmickler erklärt, dass es in der Stadtverwaltung nur zwei Stellen für die Stadtentwicklung gebe. Sicherlich gebe es für die frei werdende Stelle fachlich geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Stadtplanung. Diese würden jedoch dort auch dringend benötigt. Sollte Personal aus der Stadtplanung abgezogen werden, um die frei werdende Stelle in der Stadtentwicklung zu besetzen, so entstünde Personalbedarf in der Stadtplanung, der wiederum nur durch externe Besetzung ausgeglichen werden könnte.

Herr Albrecht führt aus, dass es aus Sicht der CDU-Fraktion unverzichtbar sei, diese Stelle neu zu besetzen. Noch unter TOP A 6 sei die Stadtentwicklung als Handlungsfeld beschlossen worden. Es sei absurd, wenn jetzt gesagt würde, dass die frei werdende Stelle nicht wiederbesetzt werden müsse.

Herr Freese erklärt, dass die SPD-Fraktion ebenfalls für die notwendige Wiederbesetzung der Stelle stimmen werde. Er fragt, ob die verbleibende Zeit überhaupt noch ausreiche, um die Stelle zum 01.01.2007 zu besetzen.

Herr Orth versichert, dass man sich darum bemühe, eine Garantie könne aber nicht gegeben werden.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB und bei Enthaltung der FDP folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Der Hauptausschuss stimmt der externen Stellenbesetzung zu.

<-@

11. Einstellung der Förderung für die Regionalstelle Frau & Beruf im Frauenbüro

@-> Frau Kreft bedauert die Entwicklung. Sie berichtet, dass sich der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann entschlossen habe, einen Brief an das Landesministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration sowie an das Landesministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zu verfassen. Der Brief enthalte die Bitte, die Förderung zumindest so lange aufrecht zu erhalten, bis geklärt sei, ob die Regionalstelle ab 2007 mit EG-Mitteln gefördert werde.

<-@

12. 1. Zusammensetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen 2. Entsendung von Mitgliedern des Beirates von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüsse

@-> Herr Schütz weist darauf hin, dass es keine Vertretung für Jugendliche gebe. Die KIDinitiative werde sich weiterhin für die Einrichtung eines „Junioren-Beirates“ einsetzen.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschließt der Rat die Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als beratende Mitglieder in verschiedene Ratsausschüsse und Beiräte wie nachfolgend aufgeführt:

in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport:

als beratendes Ausschussmitglied:

Frau Heidemarie Birkholz

als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied:

Herr Wolfgang Boden

in den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann:

als beratendes Ausschussmitglied:	Frau Friedel Biebeler
als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied:	Frau Claudia Breuer-Piske
in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr:	
als beratendes Ausschussmitglied:	Herr Peter Hillebrand
als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied:	Herr Hans Lauten
in den Jugendhilfeausschuss:	
als beratendes Ausschussmitglied:	Herr Andreas Fritsch
in den Planungsausschuss:	
als beratendes Ausschussmitglied:	Herr Peter Hillebrand
als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied:	Herr Joachim Schermer
in den Sozialausschuss:	
als beratendes Ausschussmitglied:	Herr Hans Lauten
als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied:	Herr Michael Mommer
in den Seniorenbeirat:	
als beratendes Beiratsmitglied:	Frau Friedel Biebeler
als stellvertretendes beratendes Beiratsmitglied:	Herr Hans Lauten

Daraufhin fasst der Hauptausschuss einstimmig bei Enthaltung der KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

Frau Friedel Biebeler wird als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied in den Jugendhilfeausschuss entsendet.

<-@
13. Bericht aus dem Integrationsbeirat

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@
14. Anträge der Fraktionen

@-> Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

<-@
15. Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Anfrage von Herrn Schütz zur Häufigkeit von Beschwerden und Schadensersatzforderungen bezüglich des Pflasters in der Innenstadt

Herr Schütz fragt, wie viele Beschwerden und Schadensersatzforderungen es auf Grund der durch das Pflaster im Bereich Fußgängerzone/Konrad-Adenauer-Platz verursachten „Stolperunfälle“ gebe. Außerdem möchte er wissen, ob die Einrichtung einer Videoüberwachung am Gladbacher und Bensberger S-Bahnhof/Busbahnhof geplant sei oder ob es eine solche schon gebe.

Herr Orth erklärt, dass es seitens der Stadt keine Videoüberwachung gebe, außer der

Webcam, die auf den Konrad-Adenauer-Platz gerichtet ist und deren Bilder auf der Homepage der Stadt einsehbar sind. Für die angesprochenen Bereiche sei die Stadt - wie bereits von Herrn Schütz vermutet - nicht zuständig.

Herr Widdenhöfer ergänzt, dass die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen im Polizeigesetz geregelt sei und nicht in die Zuständigkeit der Stadt falle. Besprechungen mit der Polizei im letzten Jahr hätten ergeben, dass dies nicht für notwendig gehalten werde. Dies könne sich natürlich geändert haben. Im Bereich der Linie 1/KVB gebe es Videoüberwachung, wofür die Stadt ebenfalls nicht zuständig sei.

Es gebe viele Schadensersatzforderungen und Beschwerden über den Straßenbelag in der Fußgängerzone und auf dem Konrad-Adenauer-Platz. Die Stadt käme jedoch den von der Rechtsprechung entwickelten Pflichten in Bezug auf die Ausbesserung des Belages nach und sei bisher auch nicht schadensersatzpflichtig geworden.

Herr Schütz bemerkt, dass ihm diese Angaben zu ungenau seien.

Herr Widdenhöfer verweist auf eine schriftliche Beantwortung dieser Frage.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@